



„Worüber der ORF nicht berichten darf“

www.kpoe-steiermark.at
Steirische Volksstimme

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzungen 17.5. 2011 und 21.6.2011

Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



Landesregierung stellt Weichen für Privatisierung des Gesundheitswesens

Klimt-Weithaler: Landespolitik lässt sich von Lobbyisten Linie diktieren

Heftige Kritik an der geplanten Privatisierung der Grazer Kinderwunschambulanz äußerte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, nachdem bekannt geworden war, dass die Ambulanz künftig als PPP-Modell geführt werden soll. „PPP-Modelle haben immer eines gemeinsam: die Öffentlichkeit zahlt alle Investitionen und haftet für Verluste, die Profite steckt aber ein privater Investor ein.“

gaben für das Gesundheitswesen 10,1 % des österreichischen BIP aus, 2009 11 Prozent. Das ist zwar eine – angesichts der demographischen Entwicklung wenig überraschende – Steigerung um 0,9 % in zehn Jahren, aber bei weitem keine „Kostenexplosion“.

Klimt-Weithaler: „Auch nach dem Fall Kasic lässt sich die ‚Reformpartnerschaft‘ nur allzu gerne von gut bezahlten Lobbyisten die Linie vergeben. Für das Land

wird die ungünstigste und teuerste Lösung angestrebt. Dafür lässt sich die Regierung von den Einpeitschern der Spitalsprivatisierung in Inseraten, die sie allerdings selbst bezahlen muss, loben. Politikerinnen und Politiker, die zu feig sind, die Höchstbeitragsgrundlage bei den Krankenkassen abzuschaffen, sind keine ‚mutigen Reformer‘; sie treiben nur die schleichende Zerschlagung des öffentlichen Gesundheitswesens voran.“



KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler:
„Gesundheit ist keine Ware“

Bereits vor einigen Wochen bemühte sich die steirische Landesregierung in der „Business Lounge“ der „Presse“ um Käufer für das LKH Hörgas-Enzenbach. Wenige Tage später warb die Regierung in einem mehrseitigen Inserat (Listenpreis: 188.000 Euro) in einer steirischen Wochenzeitung für die Spitals-„Reform“-Pläne des so genannten Gesundheitsökonom Ernest Pichlbauer, der seit Jahren gemeinsam mit dem ehemaligen Sprecher des „Liberalen Forums“, Christian Köck, Lobbying für die Zerschlagung des öffentlichen Gesundheitswesens macht.

Wie bei allen neoliberalen Propagandaschlachten wird auch hier mit falschen Zahlen gearbeitet und ständig vor dem „totalen Kollaps“, dem „Zusammenbruch“ und dem „Untergang“ des Gesundheitssystems gewarnt, um Privatisierungen zu legitimieren. Einer Überprüfung halten diese Horrorszenarien nicht stand: 1999 machten die Aus-

Belastungswelle: Gas, Fernwärme teurer

LABg. Murgg: EStAG bietet in der Slowakei dreistelligen Millionenbetrag – steirische Bevölkerung muss dafür in die Tasche greifen

Die Teuerungswelle für Strom, Gas und Fernwärme unter dem für die EStAG verantwortlichen LH Voves erreicht einen neuen Höhepunkt. Mit 1. Juni wurde der Gaspreis für einen durchschnittlichen steirischen Haushalt um 7 Prozent erhöht, mit 1. Juli erfolgte auch bei der Fernwärme eine Teuerung. Die neuerliche Tarifierhöhung fügt sich nahtlos in eine Reihe von Preissteigerungen um bis zu 26 Prozent ein, die die Energie Steiermark ihren Kundinnen und Kunden seit 2005 zumutete – oft bei gleichzeitig sinkenden Preisen für Gas und Strom auf dem Weltmarkt.

Beim Verkauf staatlicher slowakischer Heizkraftwerke bietet die Energie Steiermark um mehrere 100 Millionen Euro mit. Für

den Rückkauf der EDF-Anteile an der Energie Steiermark ist aber angeblich kein Geld vorhanden.

Wie 2008 bekannt wurde, verkaufte der Wiener Energieversorger „Unsere Wasserkraft“ – zu 100 Prozent im Besitz der Energie Steiermark – in der Bundeshauptstadt Erdgas zu Preisen, die ca. 20 Prozent unter dem steirischen Tarif lagen.

KPÖ-LABg. Werner Murgg: „In der letzten Periode hat die ÖVP gemeinsam mit der KPÖ geschlossen, die Energie Steiermark wieder unter die volle Kontrolle des Landes Steiermark zu bringen und damit eine demokratische Kontrolle der Energiepolitik zu ermöglichen. Davon ist jetzt keine Rede mehr. ‚Reformpartnerschaft‘ bedeutet, dass sich jeweils die für die große Bevöl-

kerungsmehrheit ungünstigste Position von SPÖ bzw. ÖVP durchsetzt und von der anderen Partei schweigend mitgetragen wird. Einerseits

werden laufend Abgaben und Gebühren erhöht, andererseits Beihilfen und Unterstützungen gestrichen. So ist es kein Wunder, dass sich immer mehr Menschen das tägliche Leben nicht mehr leisten können, auch wenn sie jeden Cent zweimal umdrehen. Die Energie Steiermark hat aus Sicht der KPÖ die Aufgabe, die Bevölkerung mit Energie zu leistbaren Tarifen zu versorgen, anstatt die EDF-Aktionären mit großzügigen Dividenden zu beglücken und sich als ‚global player‘ im Miniaturformat zu inszenieren.“



KPÖ-LABg. Werner Murgg

Spielsucht: „Ausstieg ist die beste Lösung“

Klimt-Weithaler (KPÖ): Steiermark soll auf Vergabe von Lizenzen verzichten –
Rücktrittsaufforderung an Wolfgang Kasic

64.000 Österreicherinnen und Österreicher sind spielsüchtig. Die größte Gefahr geht von Glücksspielautomaten aus. Das sind die Kernaussagen der ersten bundesweiten repräsentativen Studie zum Thema Spielsucht des Gallup-Instituts.

Angesichts dieser Tatsachen ist es unverständlich, dass der Nationalrat erst 2010 eine weitreichende Liberalisierung des Glücksspiels beschlossen hat, kritisiert die Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag, Claudia Klimt-Weithaler. Der offizielle Suchtbericht sprach im Jahr 2008 von „60 bis 80.000 direkt oder indirekt von der Spielsucht Betroffenen“ alleine in der Steiermark. Damals wies die Steiermark mit 4.700 Glücksspielautomaten das größte Angebot in ganz Österreich auf. Mit dem neuen Glücksspielgesetz bleiben die alten Automaten noch bis Ende 2015 erhalten, dazu kommen unzählige neue, wenn es nach ÖVP und SPÖ

geht. Klimt-Weithaler weist aber darauf hin, dass die Bundesländer nach dem neuen Gesetz die Möglichkeit haben, auf die Vergabe von Lizenzen zu verzichten. Davon, so die KPÖ-Klubobfrau, sollte die Steiermark unbedingt Gebrauch machen. Die zu erwartenden Einnahmen könnten den durch das Glücksspiel angerichteten Schaden niemals rechtfertigen.

Claudia Klimt-Weithaler: „Die Probleme, die durch das Glücksspiel entstehen, sind enorm. Täglich werden in unserem Bundesland Existenzen zerstört, weil die Schutzbestimmungen völlig ungenügend sind. Alle Gesetze orientieren sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Glücksspielindustrie. Im Landtag ist dieser Wirtschaftszweig mit dem Lobbyisten Wolfgang Kasic gut vertreten. Alle Versuche, die Schutzbestimmungen zu verbessern, sind letztlich an ihm gescheitert.“

Kasic war in der vergangenen Periode Vorsitzender des Glücksspiel-Ausschusses im

Landtag und hat laut Medienberichten Gutachten unter den Teppich gekehrt, die belegten, dass in der Steiermark Automaten zum Einsatz kommen, die nicht dem Gesetz entsprechen. Gleichzeitig kassierte er als Herausgeber einer Gratiszeitung nach eigenen Angaben 60.000 Euro vom Glücksspielkonzern Novomatic für Inserate. „Gerade angesichts der nun vorliegenden Studie ist jeder Tag, an dem Kasic als Abgeordneter im Landtag verbleibt, ein Schlag ins Gesicht der Spielsüchtigen, die ihre eigene Existenz und die ihrer Familien verspielt haben. Hätte die ÖVP noch ein bisschen Anstand, würde sie ihn jetzt abziehen, wenn er schon selbst nicht

einsieht, dass er rücktrittsreif ist“, so die KPÖ-Klubobfrau.

Einige Fakten zum neuen Glücksspielgesetz:

1. Die bisher illegale Praxis, Einsätze bis zu 10 Euro pro Spiel und Gewinne bis zu 10.000 Euro zu ermöglichen, ist jetzt Gesetz: Damit werden noch mehr noch schneller in Sucht und Ruin getrieben.
2. Die Sperre der Geräte nach einer bestimmten Spieldauer und die Begrenzung der Spiele pro Sekunde (Salons: 1/sek, Einzelaufstellung: 0,5/sek) ermöglicht aufgrund der höheren Einsätze immer noch Verluste von tausenden Euro in wenigen Stunden.

Pflege: Kürzungen auf Kosten der Betroffenen!

Nach demselben Muster wie bei den steirischen Pflichtschulen und den Spitälern geht Landesrätin Edlinger-Ploder im Pflegegewesen vor: Eine Streich- und Kürzungssorgie, die die Pflegebedürftigen, deren Angehörige und die Beschäftigten belastet, wird als „Reform“ verkauft. Das sagte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zu den geplanten Maßnahmen der Landesregierung im Pflegegewesen.

Erschreckend sei, dass künftig nur noch Personen ab Pflegestufe 4 die Möglichkeit auf Übernahme der Heimkosten haben. Der Pflegeregress werde zahlreiche Familien in eine finanzielle Notlage bringen, da derzeit sehr viele Familien ihren Lebensunterhalt trotz Vollzeitarbeit nur noch knapp bewältigen können. An den Hauptursachen der Steigerung der Pflegekosten in der Steiermark, vor allem beim Wildwuchs gewinnorientierter Pflegeheime, werde nichts geändert.

„Wirklich alarmiert ist die Idee, Pflegeaufgaben verstärkt auf ungeschulte Privatpersonen abzuwälzen. In einzelnen Fällen mag das vernünftig klingen, letztend-

lich geht es aber darum, das qualifizierte Personal weitgehend durch billige Arbeitskräfte ohne Ausbildung zu ersetzen. Dass dieses dann wirklich nur Hilfsaufgaben übernimmt, ist in der Praxis schwer vorstellbar. Betagte Menschen sollen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können, dazu ist aber professionelle Unterstützung nötig. Der Plan von Landesrätin Edlinger-Ploder stellt eine unzumutbare Mehrbelastung von Familien dar und ist auch eine gefährliche Drohung für das qualifizierte Personal“, betont Klimt-Weithaler.

Private Laster hören auf, bloße private Laster zu sein, wenn sie sich nur genügend ausbreiten. Die Glücksspielsucht etwa ist schon Ursache Nummer eins von Beschaffungskriminalität.“
(Robert Misik im „Falter“ vom 22. Juni 2011)

Pflegeeltern abgesichert: KPÖ kämpfte jahrelang für Lösung

Klimt-Weithaler: „Wichtiger Schritt“

In der vergangenen Landtagsperiode hat die KPÖ wiederholt auf eine Absicherung der steirischen Pflegeeltern gedrängt und im Juli 2010 schließlich auch einen entsprechenden Beschluss erreicht. Am 21. Juni beschloss der Landtag nach zahlreichen Verzögerungen, dass steirische Pflegeeltern künftig eine soziale Absicherung und ein Gehalt auf Basis des BAGS-Kollektivvertrags erhalten. Das Land sieht für das Jahr 2012 3,5 Mio. Euro dafür vor. Neben dem geringen Einkommen, das pro Monat bei einem

Pflegekind um 350 Euro betragen wird, ist vor allem die Sozialversicherung hervorzuheben. Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im Landtag: „Die Absicherung der steirischen Pflegeeltern stellt einen Meilenstein dar. Mit dem Einkommen können Pflegeeltern keine großen Sprünge machen, aber sie sind nun unfall-, pensions- und krankenversichert. Das war ein lange fälliger Schritt, um eine Gruppe, die eine sehr wichtige Arbeit leistet, nicht länger im Regen stehen zu lassen und mit Almosen abzuspeisen.“

KPÖ
wirkt

Impressum/Medieninhaber:
KPÖ Steiermark, Lagergasse
98a, 8020 Graz. Verlags- und
Herstellungsort: Graz. Tel. (0316)
877 5102; Fax (0316) 877 5108.
E-Mail: ltk@stmk.gvat // DVR:
0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag –
Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium
des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient
der Information der steirischen Bevölkerung im
Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale
Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Fohnsdorf: Soll die Bevölkerung die Zeche zahlen?

Klimt-Weithaler: „Verkauf von Gemeindewohnungen und Altenheim verhindern! – SPÖ muss für Fehler gerade stehen“

Der Anfang Juni erschiene-
ne Rechnungshofbericht zur
Gemeinde Fohnsdorf bestä-
tigt und konkretisiert, was seit
Jahren bekannt ist: Mit dem
Bau der Therme hat sich die
Gemeinde übernommen, der
Schuldenstand ist ins Uner-
messliche gewachsen. Dabei ist
es von Seiten der Verantwortli-
chen in Fohnsdorf und im Land
zu vielen Verfehlungen gekom-
men.

Der Bericht zeigt auch auf, dass

Vögel

„Schlimm genug, dass Stör-
che für ein Flugspektakel aus
ihrem Lebensraum vertrieben
werden. Jetzt beschließen
SPÖ, ÖVP und die FPÖ,
die vor kurzem noch für den
Tierschutz eingetreten ist,
eine völlig absurde Novelle,
die den Schutz gefährdeter
Vogelarten praktisch außer
Kraft setzt. Mit solchen
Rambo-Maßnahmen werden
die Regierungsparteien aber
nicht nur die Vögel, sondern
letztendlich auch die Bevöl-
kerung vergrämen.“ Das sagte
KPÖ-LAbg. Werner Murgg
zur im Juni durch den Land-
tag gepeitschten Gesetzesän-
derung, mit der der Natur-
schutz in der Steiermark auf-
geweicht wird.

der ehemalige Bürgermeis-
ter Straner aus Gemeindegel-
dern zuletzt jährlich zusätzlich
48.000 Euro zu seinem Gehalt
erhielt – auf dessen eigene
Anweisung. Seit Jänner wird
Fohnsdorf von einem Kommis-
sär regiert.

Klimt-Weithaler: „Es darf nicht
sein, dass die Gemeindewoh-
nungen und das Altenheim
jetzt als Folge der Verfehlungen
der SP verkauft werden und die
Fohnsdorfer Bevölkerung die
Zeche zahlen muss. Der Rech-
nungshofbericht zeigt deutlich
die Verantwortung für das Des-
aster auf. Die SPÖ muss end-

lich für ihre Abgehoben-
heit, die internen Intrigen
und ihre Privilegien gera-
de stehen.“

Die KPÖ unterstützt auch
die im RH-Bericht aufge-
stellten Forderungen zur
Neugestaltung der Ge-
meindekontrolle des Lan-
des. Diese ist äußerst man-
gelhaft und folgt vor allem
parteipolitischen Krite-
rien, die den Interessen von
SPÖ und ÖVP entspre-
chen – zum Leidwesen der
Bevölkerung, wie sich an-
hand des Beispiels Fohns-
dorf erwiesen hat.

Gemeindeaufsicht

Zu den eklatanten Mängeln in der
Gemeindeaufsicht in unserem Bun-
desland wurde im Landtag am 21.
Juni eine Aktuelle Stunde abgehal-
ten. LH Voves beschränkte sich auf
die Feststellung, dass ohnehin al-
les verbessert worden sei, LH-Stv.
Schützenhöfer meinte sinngemäß,
man solle sich nicht mit der Ver-
gangenheit befassen. Leider sind es
die Fohnsdorferinnen und Fohns-
dorfer, die teuer für die Fehler be-
zahlen müssen, nicht der Landes-
hauptmannstellvertreter!

Klare Regeln gegen Korruption im Landtag

Mit der „Causa Kasic“ und der
damit verbundenen Kritik an ei-
ner fehlenden Regelung für die
Unvereinbarkeit von privaten In-
teressen mit der politischen Tä-
tigkeit befasste sich der Landes-
vorstand der steirischen KPÖ.
Die KPÖ tritt für eine transpa-
rente und eindeutige Regelung
ein, damit sich jene Vorgänge
nicht wiederholen können, die
derzeit die steirische Landespoli-
tik beschäftigt.

Der VP-Abgeordnete Wolfgang
Kasic übte jahrelang die Funkti-
on des Vorsitzenden des Glücks-

spiel-Ausschusses im Steiermär-
kischen Landtag aus, während er
gleichzeitig in einer von ihm he-
rausgegebenen Zeitung Inserate
des Glücksspielkonzerns Novo-
matic abdruckte. Dafür erhielt
er nach eigenen Angaben 60.000
Euro. Die Erklärung, die LAbg.
Kasic dazu abgegeben hat, ist
für die KPÖ nicht glaubwürdig:
Nach jahrelangen Verhandlung-
en hat es im Landtag schließlich
auf Druck der ÖVP nur einen
bescheidenen Kompromiss ge-
geben, der der Firma Novomatic
sehr entgegenkommt.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-

Weithaler: „Es geht uns nicht nur
um den Einzelfall. Die Politik hat
in den vergangenen Jahren massiv
an Vertrauen verloren, wie man
an der sinkenden Wahlbeteili-
gung ablesen kann. Ein Grund
dafür ist, dass immer wieder
Gesetze beschlossen werden, die
unter dem Einfluss von Einzel-
personen oder Gruppen zustan-
de kommen, die dafür sehr viel
Geld ausgeben. Die Bürgerinnen
und Bürger sollten aber eigentlich
darauf vertrauen können, dass
Entscheidungen unabhängig von
privaten Interessen einzelner zu-
stande kommen.“

Airpower11: Werbung für saudische Diktatur

Klimt-Weithaler: „Saudischer Monarch lässt auf Demonstranten schießen, seine Piloten sind zu Gast beim Bundesheer“

2,4 Mio. Euro zahlt das Ver-
teidigungsministerium für die
Airpower-Flugshow des Euro-
fighter-Konzerns EADS in Zelt-
weg. 800.000 Euro kommen zu-
sätzlich vom Land Steiermark.
Dabei ist diese Veranstaltung
nicht nur sozial- und umweltpoli-
tisch fragwürdig, betont KPÖ-
Klubobfrau Claudia Klimt-Wei-
thaler: Heuer wird mit der Flug-
staffel der Saudi-Arabischen
Luftwaffe ein besonders be-
denklicher Akzent gesetzt.
In den vergangenen Wochen
wurde von gewaltsam aufgelö-
sten Demonstrationen in Saudi-

Arabien berichtet, bei denen
die Streitkräfte des absolutis-
tisch herrschenden Monarchen
Schüsse auf Demonstranten
abgaben. Seither sind Demons-
trationen generell verboten. Die
Demokratiebewegung in Bahr-
ein wurde mit Hilfe der saudi-
schen Streitkräfte brutal nieder-
geschlagen. Auf Vergehen wie
„Verderbtheit“, „Abfall vom Is-
lam“ und Homosexualität steht
in Saudi-Arabien die Todesstra-
fe durch Enthauptung. Dass es
Frauen verboten ist, ein Auto zu
lenken, mutet dagegen noch re-
lativ harmlos an.

Laut der Wochenzeitung Die
Zeit vom 30. Mai 2011 bekam
der Eurofighter-Konzern EADS,
an dem deutsche Banken nam-
hafte Anteile besitzen, nun von
Saudi-Arabien einen Auftrag in
Milliardenhöhe für Rüstungs-
projekte zugesprochen. Der
Auftrag beinhaltet die Ausbil-
dung von „Sicherheitskräften“
durch die deutsche Bundespoli-
zei, welche zur Niederschlagung
der Demokratiebewegungen im
In- und Ausland eingesetzt wer-
den.
Claudia Klimt-Weithaler: „Es ist
grundsätzlich fragwürdig, wenn

Kriegsflugzeuge, die in diesem
Moment bei Bombenangrif-
fen gegen Menschen eingesetzt
werden, als Freizeitbelustigung
präsentiert werden. Mit Saudi-
Arabien wirkt diesmal ein Staat
mit, der Menschenrechte mit
Füßen tritt, aber als NATO-
Verbündeter keinerlei Bedenken
bei Minister Darabos und seinen
NATO-Einpeitschern auslöst.
Es ist kein gutes Signal, dass der
saudische König in der Steier-
mark Kampfflugzeuge vorführt
und zuhause gleichzeitig Panzer
gegen Kritiker und Kritikerin-
nen auffahren lässt.“



Sozialbudget: Vier Millionen mehr sind nur Kosmetik

Claudia Klimt-Weithaler: Bevölkerung hat Korrekturen erzwungen, aber es bleiben drastische Kürzungen auf Kosten von Jugendlichen und Behinderten

In einer Pressekonferenz präsentierten die „Reformpartner“ von SPÖ und ÖVP am 17. Mai eine Abmilderung des im April vom steirischen Landtag beschlossenen Belastungspakets. Statt 21 Mio. Euro werden die Kürzungen im Behinderten- und Jugendwohlfahrtsbereich nun 17 Mio. Euro betragen. Das ist die einzige konkrete Zahl, die genannt wurde. Bei der Pendlerbeihilfe zeichnet sich ab, dass diese unter Mitwirkung der AK wieder eingeführt wird. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler bezeichnete diesen Schritt in einer ersten Reaktion als Schritt in die richtige Richtung, der ohne den großen Druck der Bevölkerung, allen voran der Plattform 25, nicht möglich gewesen wäre. Grund zum Jubeln sei die als „Kompromiss“ vorgestellte Lösung allerdings keiner, denn unterm Strich blieben Kürzungen

in der Höhe von 17 Mio. Euro, die auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft im Sozialbereich gestrichen werden.

Klimt-Weithaler: „Es ist schon ein bisschen bizarr, eine große Lösung anzukündigen, ohne dann irgendwelche Details zu nennen. Letztendlich bleiben viele Verschlechterungen aufrecht, auch wenn LH-Stv. Schrittwieser das gerne ausblenden möchte. Ein ‚Tag der Freude‘, um Schrittwieser zu zitieren, wäre es, wenn die Regierung die Belastungen im Sozialbereich insgesamt zurücknimmt und die bisher geltenden Standards wieder herstellt.“

Wirklich erfreulich, so die KPÖ-Abgeordnete, sei es, dass sich aufgrund der Auseinandersetzungen um die Sozialpolitik viele Steirerinnen und Steirer aktiv ins politische Geschehen eingebracht haben und der Regierung gezeigt haben, dass sie nicht von oben herab behandelt werden wollen: „In unserem Land ist eine sehr große soziale Bewegung entstanden, mit der auch in Zukunft zu



Am 10. Juni veranstaltete die Plattform 25 den Tag der ‚einzelnen‘ Härtefälle. Dabei wurde gezeigt, dass die Kürzungen im Landesbudget sehr viele Menschen in die Armut drängen. Besonders betroffen: Jugendliche und Menschen mit Behinderung.“

rechnen sein wird. Ohne einen breiten Widerstand wird die Regierung ihren Kurs des sozialen Kahlschlags unbeirrt fortsetzen. In zwei Jahren gibt

es wieder ein Doppelbudget, und ohne Gegenwehr wird es wieder vor allem auf Kosten der Schwächsten gehen.“

„Härtefälle“

Die Plattform 25 überreichte am 21. Juni Landeshauptmann Voves ein Paket mit über 80 Härtefällen, die durch das Budget in größte Not geraten sind. Die KPÖ beantragte am selben Tag im Landtag, eine Lösung für die Betroffenen zu finden und dem Landtag Bericht darüber zu berichten. Das wurde aber von SPÖ, FPÖ und ÖVP abgelehnt.



Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr: 07Z037205

Platz für Adressaufkleber



Eigenwerbung der Regierung

Nicht weniger als 24 Seiten stark ist eine Eigenwerbung der Landesregierung, die in einer steiermarkweit erscheinenden Gratiszeitung über drei Ausgaben verteilt erschienen ist. Eine halbe Seite wirbt für den FP-Landesrat Kurzmann, den Rest des Platzes bleibt den „Reformpartnern“ vorbehalten. Der Listenpreis für diese Werbung beträgt 566.000 Euro, die Regierung will laut Anfragebeantwortung durch LH Voves „nur“ 75.777 Euro dafür bezahlt haben.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler warf der Regierung

vor, angesichts der groß angelegten Werbekampagne Wasser zu predigen und Wein zu trinken: „Einerseits wird bei Menschen gespart, die es ohnehin nicht leicht haben, andererseits wirft die Regierung für Eigenwerbung das Geld zum Fenster hinaus. Offenbar möchte die Regierung das Vertrauen, das sie bei der Bevölkerung verspielt hat, jetzt zurückkaufen.“

Ein Antrag der KPÖ, der Werbung künftig Richtlinien zugrunde zu legen, wie es auch in der letzten Landtagsperiode der Fall war, wurde von SPÖ, ÖVP und auch der FPÖ abgelehnt.